



Bildung in Bayern: Und sie sparen doch!

Die 4 Lügen der CSU-Bildungspolitik in Bayern

1. Die 1000-Lehrer-Lüge

Bei Regierungsantritt 2008 haben CSU und FDP 1000 zusätzliche Lehrkräfte pro Jahr versprochen. Das bedeutet in der Amtszeit 2008 bis 2013 5000 zusätzliche Lehrkräfte an bayerischen Schulen. Zusätzlich bedeutet: ausgehend von der Gesamtzahl der Lehrer im Stellenplan 05 des Staatshaushaltes, das jährlich 1000 Lehrer hinzukommen. Dies stimmt bis 2010.

Nachweis

26.10.2008 - Auszug aus dem Koalitionsvertrag: „Wir werden den Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebots an Ganztagschulen in allen Schularten weiter vorantreiben (...) Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode Klassenhöchstzahlen von 25 an den Grund- und Hauptschulen bzw. 30 an den übrigen Schulen erreichen (...) Dazu ist pro Schuljahr (SJ 08/09 bis SJ 13/14) die Schaffung von mindestens 1000 zusätzlichen Lehrerstellen erforderlich.“

Die Wahrheit

Das Versprechen der Regierungskoalition, jedes Jahr 1000 zusätzliche Lehrer einzustellen, ist schon jetzt Schall und Rauch. Fakt ist, dass im Doppelhaushalt 2011/12 keine zusätzliche Lehrerstelle mehr vorgesehen ist. Stattdessen wird durch geringere Einstiegsgehälter für Junglehrer und eine 12-monatige Gehaltssperre bei Beförderungen (Funktionsämter) kräftig gespart. Trotzdem will uns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle weismachen, dass 2000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden und Bildung höchste Priorität genießt. Das sind billige Taschenspielertricks, mit denen Schüler, Eltern und Lehrer für dumm verkauft werden.

2. Die „Rendite“-Lüge

Die Bayerische Staatsregierung hat zugesagt, die aufgrund des allgemeinen Schülerrückgangs frei werdenden Lehrerstellen (die sog. „demographische Rendite“) im Bildungssystem zu belassen, um die Rahmenbedingungen an den Schulen zu verbessern. Die „demographische Rendite“ beläuft sich auf 600 Lehrerstellen aus dem Volksschulbereich. Außerdem werden durch den Wegfall der 13. Klassen im G9 ab 2011 1.800 Stellen im Gymnasialbereich frei.

Nachweis:

26.10.2008 - Auszug aus dem Koalitionsvertrag: „Wir räumen dem Bildungsbereich Priorität ein. Die „demographische Rendite“, die durch den Rückgang der Schülerzahlen entstehen wird, bleibt in vollem Umfang im Bildungssystem, um die Bedingungen für die Schulen weiter zu verbessern.“



Die Wahrheit:

Die frei werdenden Lehrerstellen werden nicht dazu eingesetzt, endlich die Rahmenbedingungen an den bayerischen Schulen zu verbessern, Klassen zu verkleinern, Ganztagsangebote auszuweiten und die Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Stattdessen wird über ein Drittel der Stellen zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs an die Universitäten abgegeben.

	Freiwerdende Lehrerplanstellen	Transfer an die Hochschulen	Verbleib an den Schulen
Demographische Rendite (Volksschulbereich)	600 Spaenle SZ 9.11.2010	640 Spaenle SZ 9.11.2010	
Schulorganisatorische Rendite (Gymnasialbereich)	1.800 FM Fahrenschoen am 08.11.2010, AZ		
Gesamt	2.400	640 Hinweis: 462 Stellen sind bereits 2010 an Heubisch gegangen	1760

Die verbleibenden 1760 bereits vorhandenen Stellen „verkauft“ Kultusminister Spaenle nun als zusätzliche Stellen im Sinne des Koalitionsvertrages für die Jahre 2011 und 2012! Zum Wortbruch kommt arglistige Täuschung.

3. Die „Bildung-ist-ein-Schwerpunkt“-Lüge

Im Koalitionsvertrag, in den Regierungserklärungen und Sonntagsreden und von CSU- und FDP-Regierungsvertretern wird der Bildung stets höchste Priorität eingeräumt.

Nachweis:

Bildung und Innovation sind die Schlüsselthemen dieser Legislaturperiode", so Seehofer in seiner Regierungserklärung am 11.11.2009.

"Die Ergebnisse des Ländervergleichs 2009 – sie sind für Bayern Erfolg und Auftrag zugleich. Sie bestätigen den Kurs der Bayerischen Staatsregierung, der Bildung oberste Priorität einzuräumen. Denn unsere dauerhaft hohen Investitionen in die Bildung zahlen sich aus! Bayern hat allein in den vergangenen beiden Jahren knapp 8.000 Lehrkräfte neu fest eingestellt. „Vorfahrt für Bildung“ gilt auch weiterhin!"

Regierungserklärung Spaenle 15.7.2010

Und selbst nach den Kabinettsbeschlüssen von St. Quirin zum Doppelhaushalt 2011/12 bezeichnet Kultusminister Spaenle Bildung immer noch als „**Schwerpunkt**“ der Regierungskoalition (Pressemitteilung vom 9.11.2010). Tatsächlich aber spart die Regierung ausgerechnet an den Lehrkräften und den Schulen.



Die Wahrheit

Kürzung der Eingangsgehälter für Junglehrer

Das Kabinett hat beschlossen, die Eingangsbesoldung für junge Lehrerinnen und Lehrer um 400 Euro brutto pro Lehrkraft im Monat zu kürzen. Das bedeutet eine Absenkung der Eingangsgehälter im Grund- und Hauptschulbereich von A11 in A10 und im Realschul- und Gymnasialbereich von A13 in A12. Für jeden Berufseinsteiger sind das im Jahr 4.800 Euro weniger. Bei angenommenen 3.700 zu besetzenden Stellen, wie z.B. im Jahr 2010, sind das fast 18 Millionen Euro Einsparung jährlich.

Einsparung durch 12-monatige Gehaltssperren bei Beförderungen

Das Kabinett hat zwar entschieden, Lehrer von der Wiederbesetzungssperre für Beamte auszunehmen. Im Gegenzug aber bekommen Pädagogen, die in ein höheres Funktionsamt wechseln (z.B. eine Rektorenstelle), noch 12 Monate weiter das „alte“ Gehalt bezahlt. Das ist nichts anderes als eine einjährige Gehaltssperre bei Beförderung.

4. Die „An-Bildung-wird-nicht-gespart“-Lüge

Einsparung durch Arbeitszeiterhöhung

Aufgrund der Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte wurden im Einzelplan 05 zwischen 2005 und 2010 1.461 Stellen eingezogen. (Drs. 16/6215)

Einsparung durch Stellensperren und unbesetzte Stellen

Im Schuljahr 2009/2010 gab es in den Volksschulen, Berufsschulen, FOS/BOS, Realschulen und Gymnasien 778 gesperrte Stellen und 1.017 unbesetzte Stellen. Diese Stellensperren werden nicht aufgehoben und die unbesetzten Stellen werden nicht besetzt (Drs.16/5645).

Einsparung durch verminderte Nachbesetzung

Im Schuljahr 2010/11 scheiden insgesamt 2.930 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst aus, weitere 850 gehen in Altersteilzeit, das macht zusammen 3780 Stellen. Ersetzt werden aber nur 2720 (Drs. 16/1126). Das heißt, es werden allein in diesem Schuljahr 1.060 Stellen eingespart.

Einsparung durch Aushilfskräfte

Insgesamt beschäftigt der Freistaat Bayern 7.310 Aushilfskräfte an den Schulen. (Drs. 16/5645). Allein an den Gymnasien unterrichten fast 3.250 Aushilfskräfte, was 1.300 Planstellen entspricht, die dadurch alleine an den Gymnasien eingespart werden.

Einsparung durch Kombiklassen

2008/2009 wurden 352 Kombiklassen an Grundschulen gebildet (Drs. 16/2566), 2009/10 schon 509 Kombiklassen (DS 16/4225), in vielen Fällen gegen den Widerstand der Eltern. Das entspricht einer Zunahme um 157 Klassen = 44,6 Prozent und einer Einsparung von 509 Lehrerstellen. Ein „erfolgreiches“ Spar-Modell, vor allem an kleinen Schulstandorten. Was die Klassenstärke betrifft, so geht die Staatsregierung „in der Regel“ von „nur“ 25 Schülern aus (+ 5 zusätzliche Unterrichts- bzw. Förderlehrerstunden). Wenn es aber auch jahrgangreine Klassen vor Ort gibt, ist auch für die Kombiklasse eine Höchstschülerzahl von 30 erlaubt. (Begründung: Gleichwertigkeit)



Einsparung durch die Inkaufnahme von Unterrichtsausfall

Laut Kultusministerium fielen 2008/2009 von allen Unterrichtsstunden im Schnitt 8,35 Prozent aus, davon ersatzlos durchschnittlich 1,8 Prozent (ausgerechnet in der Unterstufe des G8 jedoch 3,6 Prozent). Um den ersatzlosen Unterrichtsausfall zu kompensieren, bzw. um auch nur den Pflichtunterricht durchführen zu können, müssten an den allgemeinbildenden Schulen bis zur Mittleren Reife rund 1.400 Lehrer eingestellt werden, davon allein 680 Lehrer für das G8, die jedoch ebenfalls eingespart werden.

Einsparung durch übergroße Klassen

Trotz gegenteiliger Versprechungen hat die Zahl der Realschulklassen mit mehr als 30 Schülern und Schülerinnen von 2008/09 bis 2009/10, also binnen Jahresfrist, um 86 Prozent zugenommen, die Zahl der Gymnasialklassen mit 30 oder mehr Schülern um 74 Prozent!

Einsparung durch Wiederbesetzungssperre bei den Sekretariaten

Im Unterschied zum Lehrpersonal trifft die Wiederbesetzungssperre die Schulsekretariate voll. Die ohnehin schon eklatante Unterbesetzung wird nun noch verstärkt, ausgerechnet in dem Jahr, in dem die bayerischen Gymnasien zwei Abiturjahrgänge zu bewältigen haben.

5. Fazit

Statt wie vollmundig getönt, Lehrer zusätzlich einzustellen, spart die Staatsregierung massiv Stellen ein.

Bedarf an zusätzlichen Lehrer in einem Jahr	
Um die Rückführung der Arbeitszeiterhöhung auszugleichen	1.461
Um die gesperrten und unbesetzten Stellen auszugleichen	1.795
Um den Ersatzbedarf für in Ruhestand oder Alterszeit gehende Lehrkräfte <u>voll</u> zu ersetzen	1.060
Um den aktuellen Unterrichtsausfall zu kompensieren (nur bis einschließlich Sekundarstufe 1)	1.400
Um Kombiklassen in Einzelklassen zurückzuführen	509
Um Aushilfskräfte ohne Lehramtsbefähigung an den Gymnasien durch ausgebildete Lehrkräfte zu ersetzen	1.300
Um den Abzug 2011 und 2012 von Lehrkräften an die Universitäten auszugleichen	1.100
Gesamt	8625

Tatsächlich müssten in den kommenden Haushaltsjahren viel mehr zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden, als die die Regierung versprochen hat, aber nicht schaffen wird. Vom zusätzlichen Lehrbedarf für den bedarfsdeckenden Ausbau von Ganztagschulen in Bayern, der Reduzierung der Klassengrößen auf maximal 25 Schüler und Schülerinnen und dem Mehraufwand durch die Umsetzung der Inklusion ganz zu schweigen.

Die CSU/FDP-Koalition in Bayern ist eine Münchhausen-Koalition mit sattsam bekannter Strategie: Versprechen, Vertuschen, Schönreden. Kultusminister Spaenle wollte angeblich um jeden Lehrer kämpfen. Er hat den Kampf verloren. Die Haushaltsbeschlüsse des Kabinetts sind eine bildungspolitische Bankrotterklärung und Spaenle ist der größte Verlierer.



- Die Zeche zahlen die Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere die Berufseinsteiger und die, die trotz guter Noten und dringendem Bedarf keine Anstellung bekommen.
- Die Zeche zahlen die Eltern, weil sie weiterhin keinen Ganztagsplatz für ihre Kinder bekommen, weil der Unterricht zunehmend nach Hause verlagert wird und die Kosten für Nachhilfe steigen.
- Die Zeche zahlen aber vor allem die Schülerinnen und Schüler, die in großen Klassen und in immer weniger Zeit immer mehr leisten müssen. Auf Kosten von Lernfreude, Freizeit und außerschulischen Interessen. Von individueller Förderung und Bildungsgerechtigkeit kann keine Rede sein.